



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 12. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (Sondersitzung) (AB/012/2016)

am Dienstag, 26. April 2016,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Dr. Helfried Reuther
 Hans-Jürgen Muskulus
 Kerstin Wagner
 Tina Siebeneicher
 Dirk Taphorn

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui
 Maria Elena Domingo San Juan
 German Levenfus
 Rustam Maks
 Dr. Asad Mamedow
 Dr. Md Shahinur Rahman
 Dr. Juri Tsoglin
 Yujie Yao
 Halyna Yefremova

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg	entschuldigt
Kathrin Bastet	entschuldigt
Vincent Drews	entschuldigt
Jens Genschmar	entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Viktor Vincze	entschuldigt
---------------	--------------

Verwaltung:

Frau Bibas	Leiterin des EB Kita
------------	----------------------

Schriftführer/-in:

Manuela Richter	15.11 SG Stadtratsangelegenheiten
-----------------	-----------------------------------

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1** Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2016/2017 **V0943/16
beratend**

- 2** Informationen/Sonstiges

öffentlich

Herr Dr. Jinah eröffnet und leitet die Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates. Er stellt die Beschlussfähigkeit bei 12 Mitgliedern sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums und Einvernehmen zur Tagesordnung fest.

Weiter informiert Herr Dr. Jinah, dass Frau Bibas derzeit noch am Bildungsausschuss teilnehme und sich verspäten werde.

Der Integrations- und Ausländerbeirat entscheidet im Einvernehmen, zunächst den Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

1	Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2016/2017	V0943/16 beratend
----------	---	------------------------------

Wegen der zeitlichen Verzögerung der Behandlung des Fachplans Kitas in der heutigen Sitzung, weil Frau Bibas zeitgleich noch am Bildungsausschuss die Vorlage vorstellt, empfiehlt **Frau Stadträtin Siebeneicher** der Verwaltung, wenn Zweifel an der Realisierbarkeit bestehen, die Vorlagen in den Gremien anders zu takten. Prinzipiell findet sie es aber gut, dass der Integrations- und Ausländerbeirat nachträglich einbezogen worden sei.

Frau Bibas entschuldigt sich für ihr verspätetes Kommen. Der Fachplan werde in sehr vielen Gremien behandelt, in manchen auch zweimal, sodass die Sitzungsabfolge nicht immer passe. Die Behandlung des Fachplans habe sich im parallel tagenden Bildungsausschuss verzögert, was nicht vorherzusehen gewesen sei.

Anhand einer Präsentation informiert Frau Bibas zur Fortschreibung des Fachplans für die Jahre 2016/17 (Präsentation – Anlage zur Niederschrift).

Zur Folie 7 „Betreuung asylsuchender Kinder“ weist Frau Bibas darauf hin, dass erst seit September 2015 dieses Merkmal gesondert im System erfasst werde. Insofern würden tatsächlich mehr asylsuchende Kinder betreut, als diese Statistik ausweise. Darüber hinaus gebe es in der Johann- und der Friedrichstadt sowie um die TU viele Einrichtungen, wo mehr als 30 Sprachen gesprochen werden.

Zur Folie 18 „Zuwanderung – Bedarfsgerechte Konzepte – Aktuelles“ ergänzt Frau Bibas, dass das Antragsverfahren für diese Familien geändert worden sei, weil man Probleme bei der Online-Anmeldung festgestellt habe. Die Familien würden bei einem Termin im Eigenbetrieb Kita außerhalb der Sprechzeiten beraten. Für die Termine arbeite man mit dem Gemeindedolmetscherdienst zusammen, wobei die Termine einer Sprache an einem Tag zusammengefasst werden. Ferner sei eine Kollegin eingestellt worden, die u. a. arabisch, persisch und französisch spreche.

Des Weiteren würden Mitarbeiter/-innen in Krippen, Kitas und Horten bezüglich der interkulturellen Öffnung der Einrichtungen fortgebildet. Darüber hinaus nutze man Förderprogramme (Seite 19 ff.), auch wenn der Aufwand für die Antragsformalitäten sehr hoch sei. Da man das Personal nach Auslaufen des Programms und damit der fehlenden Finanzierung wieder aus der Einrichtung herausgenommen werden, würde sie sich statt der Förderprogramme einen Fond wünschen, der nach verschiedenen Prioritäten verteilt werde, z. B. Sozialindex, Belastungsindex, was die Nachhaltigkeit der Programme sichern würde.

Frau Bibas antwortet auf Rückfragen aus dem Beirat:

Zu den Fragen von Herrn Dr. Jinah:

Die Fortbildung für das pädagogische Personal der kommunalen Einrichtungen, welche zwei Jahre laufe, beinhalte auch das Thema der interkulturellen Öffnung.

Pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund würden gern eingestellt. Voraussetzung, um sie auf den Personalschlüssel anrechnen zu können, sei, dass deren Berufsabschluss anerkannt werde. Des Weiteren arbeite der Eigenbetrieb mit der TU zusammen, die Frauen vermitteln, deren Männer an der TU studieren oder arbeiten. Die Frauen seien oftmals hochqualifiziert. Der Eigenbetrieb stelle sie außerhalb des Personalschlüssels als pädagogische Mitarbeiterinnen ein. Somit könnten deren interkulturelle Kompetenzen und Sprachkenntnisse genutzt werden. Das sei jedoch nur befristet möglich, weil sie aus den Sachkosten finanziert würden, die von der Haushaltslage abhängig seien. Wegen gesetzlicher Regelungen sei nur eine zweimalige Verlängerung des Vertrages möglich.

Zu den Fragen von Herrn Levenfus:

Formell gebe es keine Wartezeit auf einen Kita-Platz. Werde jedoch eine bestimmte Einrichtung gewünscht, könne es zu Wartezeiten kommen. Der Eigenbetrieb Kita biete zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs eine alternative Einrichtung an. Werde das Angebot nicht angenommen, erlischt der Rechtsanspruch. Frau Bibas betont, dass sich der Rechtsanspruch auf eine Kita in der Stadt Dresden beziehe.

Die Anmeldungen für die einzelne Einrichtung würden in der zeitlichen Reihenfolge der Antragstellung bearbeitet. Dabei gebe es keine Unterscheidung zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund.

Zu der Frage von Herrn Dr. Rahman:

Es gehöre nicht zur personellen Ausstattung, dass jede Kita eine Logopädin habe. Wenn die logopädische Behandlung medizinisch erforderlich sei, sei sie über das entsprechende Rezept bei einem niedergelassenen Logopäden einzulösen. Deutsch zu lernen, gehöre zu den Aufgaben der Erzieher/-innen und Sozialpädagogen. Lediglich im Rahmen „Sprache als Schlüssel zur Welt“ werde eine $\frac{3}{4}$ Logopädie-Stelle mitfinanziert.

Schwierig sei: Kinder mit nichtdeutschsprachiger Herkunft begründen keinen verbesserten Personalschlüssel, wie das bei behinderten Kindern möglich sei. Hier würde sie sich eine vergleichbare Regelung wünschen und verweist auf die praktische Herausforderung für die Mitarbeiter/-innen in den Einrichtungen.

Zu den Fragen von Frau Stadträtin Siebeneicher:

Der Anteil der Fachkräfte mit Migrationshintergrund in den städtischen Kitas bewege sich im deutlich einstelligen Bereich. Sie würde sich eine höhere Zahl wünschen, doch oft würden die vorhandenen Ausbildungen von Migranten nicht anerkannt. Die Zahl der Bewerber mit Migrationshintergrund wäre überschaubar. Als pädagogischer Mitarbeiter werde kein besonderer Berufsabschluss benötigt, dafür genüge die persönliche Eignung.

Mit Praktikanten mit Migrationshintergrund habe der Eigenbetrieb noch keine großen Erfahrungen. Wichtig sei ein polizeiliches Führungszeugnis. Sie gibt zu bedenken, dass Praktikanten betreut werden müssten, was personeller Ressourcen bedürfe. Der Eigenbetrieb arbeite bereits mit den Hochschulen zusammen, und betreue deren Studenten. Würden darüber hinaus Praktikanten eingesetzt, binde das Ressourcen, die bei der Betreuung der Kinder fehlen. Hauptaufgabe des Eigenbetriebes sei die bestmögliche Betreuung der Kinder. Frau Bibas macht in diesem Zusammenhang auf ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihrem Personal in den Einrichtungen aufmerksam, die täglich sehr viel leisten.

Zu dem Thema bemerkt **Herr Stadtrat Muskulus**, dass sich die Cultus GmbH in einer ähnlichen Situation wie der Eigenbetrieb Kita befinde und sich dennoch an der Aktion beteilige, Praktika für Migranten anzubieten. Darauf stellt **Frau Bibas** klar, dass sie sich dem nicht grundsätzlich verschließe. Sie möchte es aber nicht in Größenordnungen. Kitas, die bereits interkulturelle Erfahrungen haben, würden für die Fortbildung von Kollegen genutzt, die bisher damit keine Erfahrungen sammeln konnten. Man sei dabei, Dolmetscher- und Beratungsstrukturen aufzubauen. Das alles binde zeitliche Ressourcen, die bei der Betreuungszeit fehlten. Primär gehe es darum, dass die Kita in der Lage sei, eine gute Arbeit im Sinne der Kinder zu leisten.

Frau Domingo gibt zu bedenken, dass Praktikanten mit Migrationshintergrund eine Bereicherung für die Kitas selbst seien und die Integration fördern könnten.

Frau Bibas legt im Einzelnen dar, welche Aktivitäten der Eigenbetrieb hinsichtlich der interkulturellen Öffnung unternehme (Fortbildung der Mitarbeiter/-innen, Projekte, Zusammenarbeit mit der TU zur Gewinnung pädagogischer Mitarbeiter). Dabei betont sie nochmals, dass die finanziellen Mittel begrenzt seien und die Betreuung der Kinder im Fokus stehe.

Zur Frage von **Frau Stadträtin Siebeneicher** bezüglich der Kita Kleiner Globus erklärt **Frau Bibas**, die veröffentlichte Aussage, dass die Außenfläche zu klein sei, stimme nicht. Dem Träger haben alle Unterlagen vorgelegen, auch im Mietvertrag sei die Größe der Außenfläche festgehalten. Außerdem habe der Träger die Betriebserlaubnis beim Landesjugendamt selbst beantragt.

Sie erklärt, dass die Lärmbelastung an der Grundstücksgrenze einer Kita bis 50 dB sein dürfe. Ansonsten werde keine Betriebserlaubnis erteilt. Anhand eines Lageplanes visualisiert sie die Lärmausbreitung auf dem Areal. Die Kita sei bewusst im hinteren Bereich des Grundstückes gebaut worden. An der Straße sei eine Wohnbebauung vorgesehen, die den Lärm abschirme. Nur unter dieser Voraussetzung habe das Landesjugendamt die Betriebserlaubnis erteilt.

Ein Spielplatz, wie er gewünscht werde, dürfe aus Lärmgründen gar nicht genutzt werden. Eine Lärmschutzwand, welche den Anforderungen genüge, würde Kosten im sechsstelligen Bereich verursachen und sei städtebaulich nicht gewünscht. Der Erlös aus dem Verkauf des Grundstückes sei bereits eingeplant und käme anderen Kitas zugute. Auch sei zu bedenken, dass die Pflege einer größeren Fläche auch mehr koste. Außerdem gehe es um die Gleichbehandlung der Kitas.

Sie sieht die Äußerung schwierig, dass die Umsetzung des pädagogischen Konzeptes mit den Kindern mit Migrationshintergrund nicht möglich sei, weil die Außenfläche zu klein sei. Sie sei sogar etwas größer als nötig. Mit der Aussage, dass keine ordentliche pädagogische Betreuung möglich sei, diskreditiere man die Arbeit aller anderen Kitas, die sich dieser Thematik widmen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** bringt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend tätig.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 14 / Nein 0 / Enthaltung 0

2 Informationen/Sonstiges

a) Bildungsfahrt am 26./27.08.2016 nach Leipzig

Herr Dr. Jinah nimmt auf die letzte Beiratssitzung Bezug, als darüber bereits besprochen worden sei. Von Seiten des Herbert-Wehner-Bildungswerkes sei die Fahrt nur am 26./27. August 2016 möglich. Über die Details der Fahrt nach Leipzig würden die teilnehmenden Mitglieder gesondert informiert.

Er bittet die Mitglieder um ihre Zustimmung zu dieser Fahrt für die gemeldeten Personen und die Verwendung der Budgetmittel.

Beschluss:

Der Integrations- und Ausländerbeirat stimmt einvernehmlich zu, dass die angemeldeten Mitglieder an der o. g. Bildungsfahrt teilnehmen und die Kosten aus dem Beiratsbudget finanziert werden.

Angemeldet sind:

- Kerstin Wagner
- Tina Siebeneicher
- Elena Domingo
- Kristina Winkler
- Halyna Yefremova
- German Levenfus
- Victor Vincze
- Dr. Hussein Jinah
- Rustam Maks
- Bui Truong Binh
- Yuri Tsoglin

Die Kosten in Höhe von 165,00 Euro pro Teilnehmer werden aus dem Beiratsbudget gedeckt (insgesamt 1.650,00 Euro). (Ausnahme: Frau Winkler finanziert Kosten aus eigenem Budget) In dem Betrag enthalten sind Fahrtkosten, Kosten für die Unterkunft im Einzelzimmer, Bildungsangebote (Arbeitsweise des Beirats derzeit und in Zukunft) sowie Vollverpflegung.

b) Raum für den Integrations- und Ausländerbeirat im Neuen Rathaus

Herr Dr. Jinah berichtet, dass er mit Herrn Tostmann, Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltungs- und Stadtratsangelegenheiten, gesprochen habe, um einen Raum für den Integrations- und Ausländerbeirat zu bekommen, der mit einem Computer ausgestattet sei und wo sich die AGs treffen können als auch wo Leute beraten werden können. Das sei eine Frage der Identität des Beirates.

Er zitiert die Antwort des Regiebetriebes Zentrale Technische Dienstleistungen vom 12.04.2016, wonach der Vorsitzende sowie sein Stellvertreter bereits Räume im Rathaus nutzen, die auch IT-mäßig erschlossen seien. Daraufhin konstatiert er, dass das nicht Sinn und Zweck sei. Man wolle einen eigenen Raum, um sich dort mit Leuten zu treffen und zu beraten. Deswegen habe er seinen Stellvertreter, Herrn Stadtrat Drews, per E-Mail kontaktiert, ob der Fraktionsraum mit dem Beirat geteilt werden könne. Die Antwort stehe noch aus.

Frau Stadträtin Siebeneicher bemerkt, dass sich eine Fraktion mit ihren Mitgliedern den Raum teile. In ihrer Fraktion seien die Räume sehr oft abends in Benutzung. Deswegen werde es schwierig, eine verbindliche Zusage zu treffen.

Herr Dr. Mamedow bemerkt, das Problem müsse anders gesehen werden. In der Geschäftsordnung des Beirates stehe, dass der Ausländerbeirat eine Geschäftsstelle einrichten könne. Auch brauche man einen Mitarbeiter, weil Frau Richter als Schriftführerin das nicht übernehmen könne. Mit einer Geschäftsstelle und einem Mitarbeiter hätte die Beiratsarbeit eine ganz andere Dimension, was Organisation, Verbindung zu anderen Beiräten etc. betreffe. Es gebe kaum Möglichkeiten, das ehrenamtlich zu leisten. Das Thema sollte als Tagesordnungspunkt im Beirat behandelt werden.

Herr Dr. Jinah nimmt den Vorschlag auf, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, vielleicht schon bei der nächsten Sitzung.

c) Vollverpflegung für Asylbewerber im Wohnheim

Herr Dr. Jinah informiert, dass die Mitglieder des Beirates eine E-Mail von Herrn RA Ton erreicht habe. Er zitiert aus dem Schreiben, in dem sich Herr RA Ton gegen die Vollverpflegung von Asylbewerbern in einem Wohnheim ausspreche.

Er schlägt vor, dazu die Leitung des Sozialamtes als auch die Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen in den Beirat einzuladen. Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** schließt die Beiratssitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Dr. Helfried Reuther
Stadtrat

Hans-Jürgen Muskulus
Stadtrat